

lichkeiten, die den neuen Empörungsdiskurs nur flankieren. Vielmehr bündeln sie den Großteil der Ressourcen der entstehenden Bewegung, diese Alltagspraktiken *sind* der Empörungsdiskurs. Er ist in seiner Zündphase mehr auf die Aktivierung des Protestcamps zentriert als um die Entfaltung eines öffentlichkeitswirksamen, kohärenten und antagonistisch aufgeladenen Diskurses. Es zeichnet sich eine Politik des Raumes im Sinne Arditis ab, die einen konkreten Ort in ein neuartiges politisches Labor verwandelt (Kap. VI.2). Die Existenz dieses neuen Raumes fordert den Ist-Zustand heraus, es konfrontiert ihn mit einer alternativen Vergesellschaftungsform, die sinnlich auf dem Platz erfahrbar wird – und vermöge dieser Sinnlichkeit zum mächtigeren Zeichen der Empörung symbolisierbar wird.

Dass ausgerechnet die Hauptplätze Spaniens zu den sozialen Räumen der Empörtenproteste aufsteigen, ist ein mächtiges Zeichen. Die Indignados inszenieren ihren Protest als einen totalen Bruch mit der geltenden Ordnung. Dafür greifen sie nach den Hauptplätzen der spanischen Metropolen. Diese Aneignungsgeste ist so riskant wie symbolisch wirkmächtig. Wenn am 16. Mai 2011 kaum 150 Menschen den Beschluss fassen, den »Platz zum freien und friedlichen Raum« zu ernennen, dann ist dies eine performative Praxis, die von den zehntausenden Passantinnen, die an jenem Tag über den Platz laufen, kaum oder überhaupt nicht bemerkt werden dürfte. Doch als in den Folgetagen Zehntausende auf die Plaça Catalunya strömen, um sich an Versammlungen und Debatten zu beteiligen, sich in den Kommissionen zu engagieren oder auf dem Platz zu übernachten, verhärtet sich Schritt für Schritt die gewagte Hypothese, dass sich auf der Plaça Catalunya im materiellen wie symbolischen Sinne eine neue Ordnung herausbildet. Und wenn es gelungen ist, die Plaça Catalunya zum verdichtenden Passagenpunkt der Empörung in Barcelona zu machen, könnte dann nicht mehr möglich sein?

3.2 Hochphase der Empörung (21. bis 25. Mai 2011)

»An jenen Tagen waren tausende Menschen auf den Plätzen von Madrid und Barcelona. Wir hatten den Eindruck, dass etwas Neues entstand, dass die Gesellschaft verändern könnte«, so erinnert sich der ehemalige Aktivist Carles (Interview, 11.11.2016) an die Zeit, als die Plaça Catalunya zu einem der Angelpunkte der spanischen Indignados aufsteigt. Für Carles stehen damals auf dem übervollen Platz weniger programmatische Debatten im Zentrum als die Tatsache, mit anderen leibhaftig zusammenzukommen, sich zusammenzutun, um gemeinsam den Unmut über die herrschenden Verhältnisse kundzutun. Der Aktivist erlebt ein »kollektives Erwachen«, von dem er sich mitreißen lässt. Dieses Erwachen hat in Barcelona eine klar eingrenzbar Hochphase, die sich in der Woche vom 19. bis zum 25. Mai 2011 verortet. Diese gleichsam ekstatischen Protesttage sollen in der Folge rekonstruiert werden. Die Auseinandersetzung orientiert sich erneut an den drei bekannten analytischen Ebenen, diesmal aber in verschobener Reihenfolge: Zuerst gehe ich auf die Form der Protokolle ein, dann allerdings auf den Empörungsdiskurs, um erst danach die Organisation des Camps zu betrachten.

Form der Protokolle In der Hochphase der Acampada wird die schriftliche Dokumentation der Protestpraxis erheblich ausgefeilt. Die Verlaufsprotokolle sind meist vorbild-

lich erstellt. Sie sind klar strukturiert, werden zweisprachig, auf Katalanisch und Spanisch, verfasst und stellen die Ereignisse auf der Plaça Catalunya umfassend dar. Der Umfang der Dokumente wächst somit beachtlich. Sie bewegen sich in einer Größenordnung zwischen 8.000 und 33.000 Zeichen, umfassen also bis zu 20 Seiten, wobei sie sich oft eher Versammlungsmitschriften sind denn nur stichwortartige Zusammenfassungen. Die Tendenzen zur *Professionalisierung* der Prokollerstellung und zur *umfassende Dokumentation* geben Auskunft über die Artikulationsdynamiken auf dem Platz.

Zunächst legt die Professionalisierung offen, dass die Protokolle im Rahmen eines zusehends stabilisierten und verdichteten Diskursgefüges entstehen. Die anonymen Verfasser operieren, so lässt es sich wenden, auf der Basis einer gesteigerten Erwartungserwartung. Die Autorinnen erwarten, dass die Rezipienten erwarten, dass die Protokolle professionell erarbeitet wurden, dass dort möglichst wahrheitstreu und umfassend über das berichtet wird, was auf dem Platz geschieht. Mit dem Wachstum der Versammlungen erhöht sich auch der Rationalitätsanspruch an die vom Barcelona-Camp produzierten Dokumente. Kurze Protokolle voller Appelle und normativer Aussagen, wie sie in den ersten Tagen der Platzbesetzung üblich waren, sind ob einer verstärkten Partizipation und einer gewachsenen öffentlichen Aufmerksamkeit nicht mehr vertretbar. Ein Protest, der sich als vermeintlich überparteilicher und ideologiefreier artikuliert (s.u.), muss Dokumente seiner selbst erstellen, die diesem Selbstbild entsprechen.

Direkte Appelle verschwinden aus den Protokollen. Sie fallen jetzt nur noch indirekt, als Wiedergabe der Aufrufe von Gruppen und Einzelpersonen auf dem Platz. Auf der syntaktischen Textebene gibt es aber schon eine inhaltliche Lenkung – nämlich durch die jetzt häufiger auftretenden Fettsetzungen. Letztere erfolgen zwar meist, um die Orientierung im Protokoll zu erleichtern; etwa werden am 21. Mai 2011 die jeweiligen Kommissionen samt ihrer Nummerierung und der Wiedergabe ihrer Aktivitäten fettgesetzt (»**9. Küchenkommission**, betont [...]«[acampadabcn, 21.5.2011, H. i. O.]). Jedoch werden die Fettsetzungen ebenso zum Zweck der inhaltlichen Markierung gebraucht. In den Protokollen werden meist jene Redebeiträge markiert, die besonders engagiert zu Protestaktionen aufrufen. Dies zeigt indirekt, dass die Protokollautorinnen die aktivistische Aktivierung unterstützen, welche die mündlichen Beiträge anmahnen. So etwa: **»Jeden Sonntag soll es Camps und Versammlungen vor den Rathäusern und auf den Plätzen geben. Wir müssen aufs Ganze zielen.**« (Ebd., 22.5.2011, H. i. O.) **»Diese Bewegung geschieht nicht mehr nur in Katalonien oder Spanien, sondern auf der ganzen Welt.**« (Ebd., 23.5.2011, H. i. O.) **»Multinationale Konzerne müssen boykottiert werden, indem wir Tauschhandel von Kleidung oder Essen betreiben.**« (Ebd., 24.5.2011, H. i. O.) Dass die Appellfunktion der Protokolle entsubjektiviert wird und nur noch verborgen über Fettsetzungen geschieht, verändert gleichwohl den Charakter der Texte. Sie können nun als vermeintlich objektive Wiedergabe von Ereignissen rezipiert werden, womit die Legitimität des Protests erhöht werden soll.

Dieser Anspruch auf Objektivität wird verstärkt durch die zweite Tendenz, welche die Protokollform dominiert: die *umfassende Dokumentation* der Praktiken auf dem Platz. Jeder Beitrag jeder Kommission wird ohne große Auswahl, Raffung oder Kürzung reproduziert. Die Protokolle erscheinen als fast reine Mitschriften, die festhalten, was auf der Plaça Catalunya geschieht. Die Texte lassen die Berichte der Kommissionen genauso

wie die Beiträge von Einzelpersonen inhaltlich eher unberührt, sie nehmen bloß schwache Selektionen vor. So werden in der Debatte vom 22. Mai 2011 über die Fortdauer des Camps bis zu 19 Einzelbeiträge nacheinander schriftlich festgehalten oder am 24. Mai eine ägyptische Frau zitiert, die von den Protesten am Tahrir-Platz in Kairo erzählt und diese mit Spanien vergleicht. Diese dokumentierende Haltung durchzieht die Protokolle so gut wie ausnahmslos. Sie steht für eine zentrale Regel, die die bisherige Analyse nur streifte, aber in dieser Phase zentral wird: *die Horizontalität*. Die Protokolle legen nahe, dass all das, was in dem Zeltlager geschieht, prinzipiell von gleicher Relevanz sei. Demonstrationen mit zehntausenden Beteiligten werden in den Dokumenten gleichgesetzt mit dem Anlegen von Gemüsebeeten auf den Parkanlagen des Platzes.

Nun ist der Anspruch auf eine objektive Dokumentation des Geschehens ohne interpretierende Gewichtung selbstverständlich eine Chimäre.²⁸ Bei den Indignados aber wird die *Ideologiefreiheit* selbst zur *Ideologie*. Es wird normativ erwartet, dass die Texte beschreiben, was passierte, ohne dabei die Geschehnisse zu werten oder zu klassifizieren. Mehr noch, es kommt zur Aufwertung des Persönlichen, Nahbaren und Emotionalen gegenüber scheinbar abstrakten Werten und Normen. Dies zeigt sich stets dann, wenn in den Protokollen die Beiträge, die von Individualpersonen kommen und eine expressive Praxis geschieht, kursiv gesetzt werden. Ein solcher Eingriff in das Schriftbild der Protokolle setzt emotional gefärbte Beiträge in den Vordergrund, würdigt sie als besonders wertvoll für die Protestartikulation. Ein Beispiel dafür bietet ein älterer Herr, der seine Erinnerungen an die Proteste rund um den Pariser Mai 1968 vorträgt. Hier sei nur der erste Absatz seiner längeren Erzählung angeführt:

ES NÄHERT SICH EIN MITGLIED DER VERSAMMLUNG, DAS DIE EREIGNISSE IM MAI 68 ERLEBT HAT, UND WENDET SICH AN DIE TEILNEHMER:

Vor 45 Jahren bin ich nach Paris ausgewandert, ich bin Vater von drei Kindern und Großvater von fünf Enkeln. 67 habe ich geheiratet und 68 kam meine erste Tochter auf die Welt, Lola. Ich erlebte Mai 68. Es war eine soziale und kulturelle Revolution, die zweifelsohne die Welt veränderte – und weckte auch mein Bewusstsein als Arbeiter. Heute erlebe ich aufs Neue diese so weit zurückliegenden Zeiten, deren Fahne nun erneut von den jungen Leuten meines Landes emporgehalten wird. Junge Leute, die angeblich eingeschlafen waren, die aber nicht weiter still bleiben konnten gegenüber einer beaufsichtigten Demokratie. Eine Demokratie, die eine politische Kaste kontrolliert, die ihr Volk vergessen hat. Es sind junge Leute, die sich weigern, dass ihre Generation sang- und klanglos als verlorene Generation in Vergessenheit gerät. (acampadabcn, 22.5.2011, H. i. O.)

In der zitierten Passage fällt auf, dass im Protokoll das persönliche Zeugnis durch Großbuchstaben und Kursivsetzungen gegenüber dem Rest des Dokuments in den Fokus gerückt wird. Dann ist bemerkenswert, dass der Beitrag des Mannes als direkte Rede wiedergegeben wird. Die Darstellung seiner Lebensgeschichte in der Perfekt- und Präteritum-Form (»bin ausgewandert«, »habe geheiratet«, »kam zur Welt«) erzeugen eine ko-

28 Vor allem aus der Warte der hiesigen theoretischen Perspektive, in der sich die soziale Wirklichkeit als ein kontingentes Konstruktionsergebnis strukturiert-strukturierender Artikulationspraktiken erweist.

härente Narration. Diese schwingt im Mai 1968 plötzlich vom Persönlichen ins Politische («weckte mein Bewusstsein als Arbeiter»). Der Erzähler springt in die Gegenwart, er reaktiviert mit dieser die Ereignisse von damals in Paris – und verbindet auf diese Weise beide Zeitebenen miteinander.

Zwei Metaphern sind für seine Erzählung zentral. Erstens die der *Fahne*. Dass nun die »jungen Leute« erneut die Fahne von damals »emporhalten«, schafft den Eindruck, als würden die Kämpfe von damals wiederbelebt. Die Vergangenheit verbindet sich mit der Gegenwart. Der revolutionäre Charakter von 1968 wird auf die Platzbesetzungen im Mai 2011 übertragen und damit den aktuell Protestierenden die Rolle eines revolutionären Subjekts zugeschrieben. Die zweite wichtige Metapher ist die von *Schlaf und Erwachen*. Sie bezieht sich auf die politische Aktivierung jener Kollektivität, die eine Umwälzung bewirken kann. Es sind die jungen Leute. Dem Sprecher zufolge sind diese zunächst geradewegs eingelullt in einen Ist-Zustand, die eine »politische Kaste kontrolliert und beaufsichtigt«, kommen jedoch aufgrund der Krisensituation gegen die »beaufsichtigte Demokratie« zu politischem Bewusstsein. Das Aufbäumen der jungen Generationen geschieht zum einen gegen die »Kaste« und es kommt zum anderen dem »vergessenen Volk« zugute. Auch diese Erzählung bedient folglich einen Unten-oben-Gegensatz. Diesmal tut sie es indes mit der Besonderheit, dass einerseits die politische Grenzziehung in eine historische Kontinuitätslinie mit dem Ereignis »Mai 1968« gestellt wird und andererseits einem spezifischen Bevölkerungssegment Veränderungspotential zugeschrieben wird. Die junge Generation übernimmt die Rolle einer revolutionären Avantgarde, die einen Umbruch der gesamten Gesellschaft forcieren könnte.

Der Diskurs und seine Verästelungen ... Die kurze Analyse der Erzählung des Alt-68ers samt seinem emphatischen Appell an die Revolutionsfähigkeit der Indignados leitet zur Diskursanalyse über. Zunächst ist das Facettenreichtum der in den Protokollen aufscheinenden Diskursstränge hervorzuheben. So wird an ein und demselben Tag, dem 22. Mai 2011, die Funktionsweise der Versammlung definierte, eine lange Debatte über die Planung einer großen Demonstration am 15. Juni geführt, die Arbeit der Kommissionen vorgestellt, über die Einrichtung eines ökologischen und selbstverwalteten Gemüsebeets informiert und ein Forderungskatalog verabschiedet. Bereits diese vielfältigen Themen gemeinsam mit den zusehends ausführlichen und professionalisierten Protokollen verweisen auf einen zentralen Tatbestand: die situative Verdichtung des Empörungsdiskurses. Die Menge der diskutierten Themen und unternommenen Aktionen wächst exponentiell an. Die Formierung eines *neuen Diskursgefüges*, die in den ersten Protesttagen begann, hat kaum eine Woche nach Beginn der Platzbesetzung eine reifere Phase erreicht. Das heißt aber nicht, dass sich ein homogener Protestakteur mit homogenen Zielsetzungen konstituiert. Vielmehr bildet sich ein diffuser gegenhegemonialer Horizont heraus, den vielfältige, teils widersprüchliche Artikulationspraktiken kennzeichnen.

Zunächst ist festzuhalten, dass die diskursiven Eckpunkte des Empörungsdiskurses, welche die politische Diskursanalyse herausstellte (Kap. III.2), in den Forderungen wiederauftauchen, welche die Indignados auf der Plaça Catalunya am Wochenende des 21. und 22. Mai 2011 artikulieren. Zunächst schlägt am 21. Mai eine Arbeitsgruppe eine Reform des politischen Systems vor. Die vier vorgeschlagenen Punkte werden von der Versammlung angenommen:

- 1 »Reform des Wahlsystems – das D'Hondt-Verfahren begünstigt die großen Parteien. Die weißen Stimmzettel begünstigen die großen Parteien. Dies spiegelt aber nicht realistisch die Stimmen wider, die am Sonntag [die Kommunalwahlen am 22.5.2011, CLM] abgegeben werden.
- 2 Das Gehalt der Politiker darf nicht lebenslänglich sein. Es müsste sich am spanischen Durchschnittslohn orientieren, öffentlich einsehbar und begrenzt sein.
- 3 Die weißen Stimmzettel müssen mit leeren Sitzen repräsentiert werden.
- 4 Regelmäßige Referenden über die wichtigen Entscheidungen, die zu fällen sind« (acampadabcn, 21.5.2011).

Am Folgetag, dem 22. Mai 2011, wird ein Forderungskatalog präsentiert und auch von der Versammlung angenommen, der ebenfalls als kleinster gemeinsamer Nenner der Proteste antritt. Seine neun Hauptpunkte, die je vier bis zehn Unterpunkten flankieren, sind:

- 1 »Keine Privilegien mehr für Politiker, an erster Stelle jene von Barcelona.
- 2 Keine Privilegien mehr für Banker und Bankerinnen.
- 3 Keine Privilegien mehr für die großen Vermögen.
- 4 Würdevolle Löhne und Lebensqualität für alle.
- 5 Recht auf Wohnen.
- 6 Öffentliche Dienstleistungen von Qualität.
- 7 Freiheiten und partizipative Demokratie.
- 8 Umwelt« (acampadabcn, 22.5.2011).

Die an beiden Tagen artikulierten Positionen stimmen mit den großen Knotenpunkten überein, die bereits herausgearbeitet wurden. Vorderhand erscheinen erneut die politisch-ökonomischen *Eliten* als großer *Antagonist*. Die dreifache Aufzählung des Forderungskataloges vom 22. Mai (»Keine Privilegien mehr [...]«) zieht eine konflikthafte Grenze gegenüber Politikern, Bankerinnen und großen Vermögen. Folgt man den dazugehörigen Unterpunkten, so wird in der Politik eine Angleichung ihrer Gehälter an den Bevölkerungsdurchschnitt verlangt, eine Abschaffung aller finanziellen Zuschüsse und Spenden und ein Ende der Immunität von Politikern, um sie im Korruptionsfall haftbar zu machen. Die Angleichung der Politikerinnen an die Bevölkerung taucht ähnlich bei den Forderungen vom 21. Mai 2011 auf (»Ein öffentliches, begrenztes und nicht mehr lebenslängliches Gehalt für Politiker«). Mit alldem geschieht eine umdrehende Geste zwischen Repräsentanten und Repräsentierten. Die politischen Repräsentanten werden den Diktaten des repräsentierten Volkes unterworfen, dieses schreibt jenen vor, wie sie von nun an zu handeln haben. Betrachtet man die Forderungen vom 21. Mai, so zielen diese darauf ab, die Repräsentationsmechanismen entscheidend zu *reformieren*: von einem neuen Wahlsystem, das kleine Parteien begünstigt, über die parlamentarische Repräsentation der weißen Stimmzettel hin zur größeren Relevanz von Referenden.

Die Angleichung der Bevölkerung gegenüber den politischen Amtsinhabern erscheint ebenfalls auf der wirtschaftlichen Ebene. Die Bankiers sowie die großen Vermögen werden mit Forderungen konfrontiert, die auf eine Umverteilung von oben nach unten zulaufen. Dies reicht von der Regulation von Finanzspekulation bis hin zur

Erhöhung der Vermögens- und Erbschaftssteuer. Die Maßnahmen zur Eindämmung von Vermögen dienen ihrerseits dazu, die sozialen Rechte der Bürgerschaft finanziell zu ermöglichen (»Würdevolle Löhne, Recht auf Wohnen, öffentliche Dienstleistungen von Qualität«). Auf diese Weise wird die Kritik an den ökonomischen Eliten mit einer sozialen Wende verbunden. Letztere kombiniert reaktive Forderungen, die den durch die Austeritätspolitik ramponierten Sozialstaat wiederherzustellen suchen (etwa die Kürzungen im Gesundheitsbereich) mit proaktiven Forderungen, die auf eine Ausweitung des Wohlfahrtssystems und der sozialen Rechte im Allgemeinen abzielen (etwa die Enteignung leerstehender Immobilien und deren Verwandlung in sozialen Wohnraum).

Es gibt also einen minimalen gemeinsamen Horizont der Empörungsartikulation rund um die Elitenkritik und die Ausweitung sozialer Rechte. Dieser verbindende Horizont wird allerdings im Barcelona-Camp in verschiedene Richtungen ausformuliert. Die Beiträge von Kommissionen wie von Einzelpersonen zeigen, dass sich in der Versammlung verschiedene Diskursstränge herausbilden, die sich teils explizit oder implizit widersprechen, teils aber auch deutlich überschneiden. Der Diskurs auf der Plaça Catalunya wird dichter *und* vielfältiger. Drei Diskursstränge lassen sich identifizieren und zumindest partiell voneinander abgrenzen: ein reformistischer, ein direktdemokratischer und ein aktionistischer Strang. Vor allem der erste und der zweite Strang prägen den Empörungsdiskurs auch auf gesamtspanischer Ebene. Der reformistische Strang entspricht grob der Positionierung des Forderungskataloges der Madrider Versammlung, der direktdemokratische dem der Barcelona-Versammlung (Kap. III.3.e).

(I) Der reformistische Diskursstrang Der reformistische Diskursstrang erhebt den Grundkonsens des Barcelona-Camps, also Elitenkritik gepaart mit der Verteidigung des Wohlfahrtsstaates, zu seinem Kernprogramm. Diese reformistische Position kritisiert zwar die institutionelle Politik und den sozioökonomischen Ist-Zustand, sucht die bestehende Ordnung aber nicht abzuschaffen, sondern zu verbessern. Ein wichtiges Zeugnis dieses Reformismus liefert die Umfrage einer Kommission am 21. Mai 2011, an der sich knapp 1.000 Menschen beteiligen. Es wird nach den Positionen gefragt, die in dem Protestcamp vertreten werden. Tatsächlich fallen diese vornehmlich reformorientiert aus. Die häufigsten Forderungen lauten: »Die Privilegien der politischen Klasse abschaffen; den Sparkurs stoppen; das Wahlgesetz verändern, um offene Listen zu etablieren und die private Finanzierung der Parteien zu verhindern; die Finanzkräfte bestrafen; eine effektive Gewaltenteilung etablieren, um Korruption zu verhindern.« (acampadabcn, 21.5.2011) Der Tenor der Forderungen zielt weniger auf eine generelle Abwendung vom politischen System, sondern eher auf eine erhöhte Anspruchshaltung ihm gegenüber. Diese Anspruchshaltung wird oft explizit formuliert. Beispielweise seitens einer Einzelperson am 21. Mai:

Alle Parteien versprechen uns vor den Wahlen viel, aber nachdem sie vorbei sind, halten sie ihre Versprechungen nicht ein. In diesem Fall müssen wir sagen: »Du hast Dein Versprechen nicht erfüllt, auf die Straße mit Dir!« (Ebd.)

Der Beitrag dreht zunächst Agency um. Während im ersten Satz noch die Parteien die aktiven Subjekte sind, die gegenüber dem passiven »uns« handeln, so bekommt die Handlungsfähigkeit im zweiten Satz eine entscheidende Wende. Es wird an eine Wir-Identität appelliert, um die Politiker in ihre Schranken zu weisen. Der Ausruf samt Metapher

(»auf die Straße werfen«) legt dann dreierlei offen: eine kollektive Wut gegen die Politik, die bekannte Geste der gleichzeitigen Entmachtung der Politik und der Ermächtigung eines inklusiven, doch unscharf bleibenden Volkssubjektes und schließlich die moralische Abwertung der Volksvertreterinnen durch die Paarung des »auf die Straße werfen« mit der Du-Form.

Das reformistische Lager changiert gegenüber der institutionellen Politik zwischen moralisierender Empörung und kritischem Anspruch. Dies zeigt ein Beitrag vom 22. Mai 2011:

Die politische Frage muss konkretisiert werden. Das Wichtigste ist, dass wir uns für diese Politik schämen. Wir wollen, dass sie arbeiten gehen, es gut machen und es keine Diebe gibt. Es ist wichtig, hier zu sein, um den Druck auf die ausländische Presse zu erhöhen und sie über die Schanden der spanischen Regierung ins Bild zu setzen. (Ebd., 22.5.2011)

Der Beitrag fordert an erster Stelle bewegungsintern, die »politische Frage« zu »konkretisieren« und öffentlich (für »die ausländische Presse«) eine klare Botschaft zu vermitteln. Diese Botschaft ist moralisch geprägt. Das »Sich-Schämen« verweist nicht auf ein rational-kognitives Urteil, sondern auf einen vornehmlich affektiven Zustand. Es ist die schiere Empörung darüber, dass die institutionelle Politik keineswegs so funktioniert, wie es die Protestierenden erwarten. Interessant ist dabei, was demgegenüber als Idealzustand konturiert wird: »[D]ass sie [die Politiker] arbeiten gehen, es gut machen und es keine Diebe gibt«. Wir stehen nicht vor einem radikaldemokratischen Anspruch, sondern vor der schlichten Erwartung an ein funktionierendes politisches System. Dies erinnert an das Manifest von »Echte Demokratie Jetzt«. Dort wurde nicht nur eine Grenze gegenüber den Eliten gezogen, sondern eine positive Identifikationsfläche der neuen Wir-Identität im »harten Arbeiten« hergestellt (Kap. III.2.a). Die Kritik an der politischen Ordnung wird hier im Namen eines gesellschaftlichen Leistungsaustausches artikuliert, der im Fall der Politik gestört scheint. Von den Politikerinnen wird das erwartet, was von jedem (arbeitsfähigen) Gesellschaftsmitglied erwartet werden kann: Dass die eigene Praxis zum Erhalt des Gemeinwesen beiträgt.

Eine derart moralisierende Kritik konfrontiert die Berufspolitikerinnen nicht mit einem radikalen Gegenentwurf von Gesellschaft, sondern misst sie *immanent* an liberaldemokratischen Maßstäben. Wenn die Politiker nicht mehr zufriedenstellend »ihre Arbeit« erfüllen und sich stattdessen eigennützig am öffentlichen Tresor bereichern, dann ist das politische System dysfunktional geworden. Eine reformistische Position, wie sie im Beitrag aufscheint, legt das Augenmerk darauf, die herrschende Malaise zu enthüllen und auf eine reparierende Bewegung zu setzen, die im System der Politik eine gelingende Arbeitspraxis wiederherstellt.²⁹

Der reformistische Diskursstrang fordert nicht nur eine Wiederherstellung des Ist-Zustandes, es manifestiert sich dort auch eine explizite Suche nach Alternativen, nach einer zwar nicht ganz neuen, aber revitalisierten politischen Praxis. So etwa: »Wir sind nicht hier, um eine neue Gesellschaft zu erfinden. Wir müssen Kräfte bündeln, um das

29 Gerade das verspricht ab Anfang 2015 explizit die neue rechtsliberale Partei Ciudadanos (dazu: Kap. V.3.d).

Wahlgesetz zu verändern und für die Wahlen von 2012 eine partizipative Demokratie zu haben.« (Ebd., 23.5.2011) Zum einen wird einer totalen Gesellschaftsveränderung eine Absage erteilt, zum anderen klar umrissene politische Reformen gewünscht («Änderung des Wahlgesetzes»). Das erneuerte Wahlgesetz symbolisiert seinerseits eine andere, partizipativer gewordene repräsentative Demokratie. Das Motto ist, dass die bestehende Ordnung von innen heraus zu reformieren ist.

Ein ähnliches Rasonnement legt ein anderer Beitrag nahe: »Es muss berücksichtigt werden, dass dies alles, unser Zeltlager, auch auslaugt. Dies hier ist eine Schule. Die Kraft, die wir hier haben, nehmen wir mit nach Hause. Es muss nach vorne geschaut und die Generalwahlen von 2011 in den Fokus gerückt werden.« (Ebd., 22.5.2011) Auch dieses Plädoyer spricht sich dafür aus, die Protestpraktiken auf klare politische Reformen zuzuführen. Der Aktivismus auf der Straße («unser Camp») wird als eine anstrengende »Schule« gedeutet, deren Ergebnisse sich erst in der Zukunft, im politischen System im engen Sinne werden äußern können. Der Fokus auf den Wahlgang (hier: das Parlamentsvotum von November 2011) bringt eine Frage in Anschlag, die in Barcelona, aber auch in Madrid und anderswo im Frühjahr 2011 zwar noch nicht zentral ist, doch bereits punktuell auftaucht: Sollte aus der Protestbewegung eine Partei entstehen, die einen politischen Repräsentationsanspruch erhebt (dazu: Kap. V.1.a)?

(II) Der direktdemokratische Diskursstrang Der reformistische Strang bleibt mit seiner Bezugnahme auf die institutionelle Politik, ob als moralistische Empörung oder als aktive Intervention, eine Minderheitsströmung, die von den anderen beiden Diskurssträngen überschattet wird. Den direktdemokratischen Diskursstrang zeichnet aus, dass er ein grundsätzlich anderes Demokratieverständnis ins Zentrum stellt. Es ist das Modell einer Räte- oder Konsensusdemokratie, die sich nur durch Versammlungen realisieren lässt.³⁰

Der direktdemokratische Strang lehnt repräsentative Institutionen diametral ab. Diese werden einer Grundsatzkritik unterzogen. So etwa: »Wir haben die Kraft. Die Demokratie ist eine Lüge (Beispiel USA). Wir sind hier, damit wir horizontal arbeiten, und zwar alle gemeinsam: das Volk.« (Ebd., 21.5.2011) Im Beitrag wird eine absolute Grenzziehung zwischen der (repräsentativen) Demokratie und dem Signifikant »Volk« gezogen. Erstere wird zur Farce erklärt, letzterer als verhinderter Souverän stilisiert. Dass hierbei die Begriffe *pueblo* (Volk) und *horizontalidad* (Horizontalität) derart ausdrücklich genannt werden, bleibt selbst in diesem Diskursstrang eine Ausnahme.

Üblicher ist, dass das in Versammlungen sich artikulierende Volkssubjekt implizit bleibt. So etwa dort, wo die Forderung nach einer Reform des Wahlgesetzes kritisch als unzureichend kritisiert wird: »Man muss dazu aufrufen, radikal zu sein, das Problem an der Wurzel zu packen. Die Reform des Wahlgesetzes ist nicht genug.« (Ebd.) »Die von oben glauben, dass diese Bewegung einfach bis zu den Wahlen bestehen wurde. Aber das ist nicht so, dies hier geht viel weiter und hat nichts mit Wahlen zu tun.« (Ebd.,

30 Im Folgenden gebrauche ich Räte-, Direkt- und Basisdemokratie synonym. Es geht mir nicht um eine exakte demokratietheoretische Definition, sondern um das spezifische Ethos, auf das dieser Diskursstrang gründet: Der Anspruch, dass alle Gesellschaftsmitglieder über Versammlungen an Deliberationspraktiken partizipieren und gemeinsam kollektiv bindende Entscheidungen fällen – ohne vermittelnde Repräsentationsinstanzen.

22.5.2011) »Veränderungen des Wahlgesetzes und parteiinterne Demokratie zu fordern, reicht nicht weit genug: Dies dient nur dazu, die Politik zu retten. Wir aber wollen die Politik zerstören. Generalstreik jetzt!« (Ebd., 21.5.2011) In den Beiträgen werden die direktdemokratischen Positionierungen mit den Pronomen »man« und »wir« entpersonalisiert, wodurch sie als allgemeingültige Maximen erscheinen. Dasselbe geschieht bei den Feindfiguren. Indem die repräsentativen Institutionen mit allgemeinen Kategorien wie »die Politik«, »die Wahlen« oder »die Demokratie« abgetan werden, wird die angestrebte Alternative als unstrittig stilisiert. Der Appellcharakter der Beiträge ist dennoch unübersehbar. Die Alternative zum Ist-Zustand mag auf einem ideell-normativen Terrain feststehen, sie muss aber durch eine revolutionäre Praxis (»Problem an der Wurzel packen«, »Politik zerstören«, »Generalstreik jetzt!«) verwirklicht werden.

Der direktdemokratische Diskursstrang ist antagonistisch aufgeladen. Der Entwurf einer Gesellschaft, die sich über tausende Versammlungen selbst regiert, wird als expliziter Gegenentwurf zum Status quo artikuliert. Die Basisdemokratie, welche die Versammlungen des Barcelona-Camps gleichsam vorzeichnen, wird als *die* Alternative für die Gesamtgesellschaft hochgehalten. Und diese Alternative bedarf, anders als die repräsentative Demokratie, weder entrückte Führungsfiguren noch bürokratische Institutionen, sondern beruht auf dem unmittelbaren Zusammenkommen der Menschen in Versammlungen.

Dem direktdemokratischen Strang haftet ein Pathos des Neuanfangs an. Mal wird betont, dass das Barcelona-Camp in etwas zu verwandeln sei, »was die Welt verändern könne« (ebd., 24.5.2011), dann wird unterstrichen, dass dort die »Basis für etwas sehr Großes gelegt wird« (ebd., 22.5.2011) oder dass die Versammlung auf der Plaça Catalunya dafür da sei, »um all den Menschen eine Stimme zu geben, die sich vergessen fühlen« (ebd., 21.5.2011). Das Zeltlager wird als Keimzelle einer neuen Ordnung gelesen, die alles verändern könnte, die eine »große« Umwälzung bewirken und die »Vergessenen« der spanischen Gesellschaft ermächtigen könnte. All dies leistet die Versammlung ohne Mithilfe von außen. Das politische System und seine Repräsentanten verliert an Relevanz, dagegen wird die Versammlung im Hier und Jetzt zum Symbol einer politischen *Neugründung*. Die kollektiven Deliberationen, Forderungen und Entscheidungen, die in den Versammlungen des Camps geschehen, sind für einen Großteil der Indignados keine bloß temporäre Ergänzung repräsentativer Mechanismen. Vielmehr gilt ihnen die Versammlungspraxis als die eigentliche demokratische Tätigkeit. Die basisdemokratische Praxis wird zur allseits angeeigneten, normativ erwarteten Verhaltensweise.

Den direktdemokratischen Diskursstrang charakterisiert nicht nur ein abstraktes Pathos. Er ist auch und vor allem ein alltägliches *Regelwerk*, auf dem die Praktiken des Protestcamps sowie besonders seine Versammlungen basieren, weil es in diesen Praktiken fortwährend als ein strukturierende Regel zitiert wird (dazu Kap. VI.1). Dieses Regelwerk äußert sich von der Zeichensprache, die in jeder Versammlung gebraucht wird, um eine möglichst inklusive Teilhabe an den Debatten und Entscheidungen zu gewährleisten, bis hin zur räumlichen Strukturierung der Versammlungen, die deren Transparenz und Beteiligungsmöglichkeiten erhöhen soll. Alle Teilnehmerinnen haben sich an gewisse Verfahren zu halten, um an den Versammlungen teilzunehmen. Die Einleitung in das Protokoll vom 23. Mai 2011 versinnbildlicht, wie ein direktdemokratisches Regelwerk die

Praktiken auf der Plaça Catalunya strukturiert. Der Protokollausschnitt skizziert tabellarisch den geplanten Versammlungsablauf:

Einleitung

- 1 Es gibt Gänge, wo niemand sitzen darf, um sicherzustellen, dass sich alle beteiligen können (und auch aus Sicherheitsgründen).
- 2 Über die gesamte Versammlung gibt es verteilte Personen, welche die Meinungen von jenen sammeln können, die abseitsstehen müssen.
- 3 Wir wiederholen die Zeichensprache, die wir auf der Versammlung gebrauchen: einverstanden, nicht einverstanden, nicht verständlich, das dauert zu lange. Diese Gesten sollten nicht missbraucht werden.

Tagesordnung

- I. Offene Redezeit über Mobilisierungen, konkrete Forderungen darüber, wie wir ab heute auf dem Platz weitermachen (2 Minuten pro Person, 40 Minuten insgesamt)
- II. Kommissionen. Es werden nicht alle reden. Nur generelle Fragen werden besprochen. Die technischen Entscheidungen werden in den Versammlungen der Kommissionen gefällt.
- III. Offene Redezeit für freie Beiträge (30 Minuten) (ebd., 23.5.2011).

Das Zitat legt offen, wie direktdemokratische Normen die Verhaltensordnung prägen. Wer für direkte Demokratie steht, der fordert nicht (nur) einen abstrakten normativen Diskurs ein, sondern übt eine normierte Praxis aus und eignet sich diese an. Diese Praxis umfasst die Art, wie sich die Teilnehmerinnen in der Versammlung zusammensetzen und Platz zwischen ihren Reihen lassen (müssen), die Personen, die als Läufer laufend Wortmeldungen sammeln oder eine allseits gebrauchte Zeichensprache, die sich bald als Markenzeichen der Indignados herausstellt.³¹ Wir stehen vor einer direktdemokratischen Praxis, die eingeübt, routinisiert, habitualisiert und typisiert wird. Und dies nicht nur mittels einer definierten Rhetorik, sondern auch über eine körperliche Disziplinierung des Einzelnen, ja über das Arrangement tausender Leiber *sur place*. Wie gesprochen, zugehört, gesessen und auf Beiträge reagiert wird, folgt einer basisdemokratischen Methodologie, an die vor jeder Versammlung erinnert wird – und die auch bei Abweichungen oder Unterbrechungen immer wieder explizit gemacht wird. Eine allseits akzeptierte (und zu akzeptierende) Grundeinstellung nimmt Gestalt an. Sie wird über eine bestimmte Sprache genauso wie über nichtlinguistische Praktiken in Zeit und Raum wirkmächtig.

Eine ähnliche Konditionierung findet auf Ebene des Sitzungsablaufs statt. Zunächst trägt die Tatsache, dass überhaupt eine Tagesordnung vorgelegt wird – in den ersten Tagen des Protestcamps war dies noch nicht der Fall – dazu bei, die Debatte transparent und vorhersehbar zu halten. Bezüglich der zitierten Tagesordnungspunkte fällt auf, welche zentrale Stellung in der Versammlungsdebatte die offene Redezeit einnimmt. Sie geschieht sowohl als gerichtete Diskussion über die anstehenden Mobilisierungen und

31 Diese Zeichensprache wird später von den Parteien übernommen, die aus dem Empörungszyklus hervorgehen.

die Weiterführung des Camps statt (siehe Zitat: Punkt I), als auch gänzlich ungerichtet als freie Diskussionsplattform (siehe Zitat: Punkt III).

Die Deliberationspraxis an sich steht in der Versammlung im Zentrum. Diese Deliberation ist unersetzbar, sie ist konsequent und alltäglich durchzuführen. Immer wieder müssen sich möglichst viele Teilnehmerinnen an den in dem Protestcamp verhandelten Fragen einbringen, ihre inhaltlichen Positionen bekunden, ihre persönlichen Erfahrungen ausdrücken, um in einem kollektiven Prozess entweder Entscheidungen zu treffen oder Streitigkeiten auszutragen.³² Dass hierbei strenge zeitliche Vorgaben zur Länge der jeweiligen Blöcke und sogar der jeweiligen Beiträge getätigt werden, verdeutlicht: Die direkte Demokratie wird in dem Protestcamp zum regulierten *Verfahren*, das der übergeordneten Planung und der Einhaltung seitens der Teilnehmerinnen bedarf. Derartige Vorgaben finden sich ebenfalls im zweiten Block, der den Kommissionen vorbehalten ist. Mit der Bestimmung, dass nur die Gruppen zu Wort kommen dürfen, die »generelle Fragen« behandeln, wird die allgemeine Beteiligung erhöht und die Dauer der jeweiligen Blöcke kurzgehalten. Die Betonung, technische Entscheidungen würden in den »Versammlungen der Kommissionen« getroffen, unterstreicht, dass die direkte Demokratie als generalisierte Regel der Praktiken des Platzes fungiert: Selbst die Kommissionen (und Unterkommissionen) diskutieren und beschließen ihre Angelegenheiten mit einer direktdemokratischen Methodologie. Das Barcelona-Camp fordert zu einer allgemeinen Partizipation auf und wendet sich gegen jede Form der Expertokratie.

(III) Der aktionistische Diskursstrang Neben dem reformistischen und dem stärkeren direktdemokratischen Diskursstrang besteht auf der Plaça Catalunya noch ein dritter, aktionistischer Strang. Dieser ist mit den anderen beiden Diskurssträngen verwoben, besitzt aber Eigenheiten. Aktionistisch meint: auf Aktivismus, Mobilisierungen, auf die Protestpraxis im engen Sinne konzentriert. Viele der protokollierten Beiträge – der Einzelpersonen wie der Kommissionen – drehen sich weder um Reformen des politischen Systems noch um die Sehnsucht nach direkter Demokratie. Vielmehr stehen die Bewegung und deren Aktivitäten selbst im Zentrum. Die Indignados erscheinen als Kollektivsubjekt, das sich konstituieren, artikulieren und vernetzen muss. So zeichnet den aktionistischen Strang ein überbordender *Voluntarismus* aus. In vielen Beiträgen äußert sich ein grenzenloses Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der sich bildenden Bewegung. Beispielsweise: »Wir verändern gerade die Welt (er ist gerührt)« (acampadabcn, 21.5.2011), »Ich bin 36 Jahre alt und warte seit 14 Jahren auf so etwas. Es ist jetzt nicht der Augenblick, um damit aufzuhören. Es muss weitergehen« (ebd., 22.5.2011), »Das ist brutal, neu, es fällt schwer zu verstehen, was alles vor sich geht« (ebd., 23.5.2011), »**Es gilt, jetzt auf das große Ganze zu zielen!**« (ebd., 24.5.2011, H. i. O.).

Diese Stimmen spiegeln eine Verschiebung des Commonsense, von der damals, wenige Tage nach der zündenden Demonstration am 15. Mai 2011, viele ergriffen sind. Spa-

32 Es ist eine der Charakteristika der Empörtenproteste, in den Versammlungen eine möglichst diverse und damit inklusive Teilnahmspraxis zu fördern. In ihnen sollen auch explizit diejenigen zu Wort kommen, die zuvor aus dem öffentlichen Diskurs ausgeschlossen blieben. Die Versammlungen sollen Expressionsorte für Verletzungserfahrungen sein (vgl. Sánchez-Rodríguez 2020: 295, dazu: Kap. IV.3.b).

nien erlebe einen politischen und gleichzeitig einen kulturellen Umbruch, der Protest symbolisiere eine neue Vergesellschaftungsform, so die Stimmung auf dem Platz.³³ Die Dynamik der Protestcamps in ganz Spanien vertiefen den Eindruck, dass die gesamte Gesellschaft in Bewegung geraten sei. Dieses Umbruchsethos verstärkt sich in der zweiten Maihälfte, es wird zu einer fast selbsterfüllenden Prophezeiung. Dadurch, dass auf der Plaça Catalunya wie auf so vielen anderen Plätzen ständig betont wird, dass man an einem historischen Umbruch partizipiere, verstärkt sich die Protestdynamik selbst und wird, zumindest ansatzweise, zu dem dislozierenden Ereignis, das dann die neuen Versammlungen bekunden (vgl. della Porta 2020: 564f.).

Dass die Proteste im Mai 2011 als Bruchmoment und damit als Gelegenheit für einen politischen Wandel gedeutet werden, davon zeugen ebenfalls die vielen Aufforderungen zur *Vernetzung* des Protests. Laufend werden die Versammelten dazu aufgefordert, an dieser oder jener Mobilisierung teilzunehmen (etwa der Ärztinnen gegen Kürzungen im Gesundheitssystem, die Studierenden gegen die Erhöhung der Studiengebühren oder die Gärtner der Stadtbetriebe für höhere Löhne). Zugleich unterstützen etablierte soziale Bewegungen über Sprecher oder mit Manifesten die Indignados. Derartige Vernetzungsbemühungen fallen dort besonders stark aus, wo es auf nationaler wie internationaler Ebene um den Protestzyklus von 2011 geht. So wird eine regelmäßige Kommunikation mit dem Madrid-Camp gepflegt sowie Live-Verbindungen zu anderen Empörten-camps in Spanien, beispielweise nach Donostia (vgl. acampadabcn, 23.5.2011), oder zum plötzlich besetzten Syntagma-Platz in Athen (vgl. ebd., 25.5.2011) hergestellt.³⁴ Viel Aufmerksamkeit bekommen ferner die Menschen, die an den Ereignissen des sogenannten Arabischen Frühlings teilgenommen haben:

Ich bin aus Ägypten. Ihr habt mich dazu gebracht, hierherzukommen, um klar auszusprechen, was Ihr hier gerade zustande bringt.

Ihr müsst hierbleiben und das machen, was ihr euch vorgenommen habt. In Ägypten gehen die Leute noch immer jeden Freitag auf die Plätze. Diesen Freitag wird die endgültige Beseitigung der Symbole der Mubarak-Diktatur verlangt.

Ich kann jetzt wirklich mit Stolz behaupten, Ägypterin zu sein. Ihr müsst genauso weitermachen und kämpfen! (Ebd., 24.5.2011)

Der Beitrag stellt unmissverständlich die Proteste in Ägypten mit denen in Spanien gleich. Die ägyptische Revolution wird als Vorbild für Spanien konturiert. Die Indignados müssten, so die implizite Botschaft, die Zähigkeit der ägyptischen Bewegung übernehmen (»noch immer gehen jeden Freitag Leute auf die Plätze«) und sich an ihrem Erfolg ein Vorbild nehmen. Der voluntaristische Appell (»weitermachen und kämpfen«) zehrt von der historischen Kontinuitätslinie von Spanien vis-à-vis der damals (noch) erfolgreichen Revolution in Ägypten.

33 »Es war ein sehr wohlthuendes Gefühl, sich endlich mit Menschen zusammenzutun, denen dieselben Dinge wie mir geschahen, die sich wie ich fühlten, denen es nichts ausmachte, etwas für eine gemeinsame Arbeit zu geben, die sich gerne für andere einzusetzen«, so resümiert Judith (Interview, 18.9.2014) die Atmosphäre in dem Camp.

34 Die Platzbesetzungen in Griechenland lehnen sich offen an denen in Spanien an (vgl. Mullis 2017: 154ff.).

Das Beispiel zeigt, dass sich die spanischen Indignados nicht als isolierten Protest sehen, sondern als Teil einer umfassenden Protestwelle beschreiben, die mit dem Arabischen Frühling in Tunesien, Ägypten oder Libyen begann und nun nach Südeuropa übersprungen ist. Die euphorischen Platzbesetzungen im Frühling 2011 speisen sich von der utopischen Erwartung, dass man sich in Spanien auf das Momentum einer *globalen Protestwelle* stütze, die im Jahr 2011 Revolutionen entfacht und Regime gestürzt hat (vgl. Antentas/Vivas 2012: 44–48). Es ist eine zwar diffuse, durch Massenmedien, soziale Netzwerke oder persönliche Berichte wie dem der ägyptischen Frau genährte Gewissheit. Aber sie wird konkret wirksam: Verschiedenste Aktionen, ob arbeitsbedingte Streiks von Feuerwehrleuten, neue Indignado-Camps in katalanischen Kleinstädten oder ferne Proteste in Griechenland oder Island werden auf der Plaça Catalunya als Teilmomente *einer* Mobilisierung erzählt.³⁵ Diese Vernetzung wirkt identitätsstiftend, dient sie doch als empirischer Beleg dafür, dass man in Spanien im Allgemeinen und in Barcelona im Besonderen an einer globalen Veränderungswelle partizipiere.

Weiterhin, und eng mit dem vorherigen Aspekt verzahnt, zeichnet den aktionistischen Diskursstrang die Orientierung auf *Wachstum* aus. Immer wieder dreht sich die Debatte darum, die Bewegung zu vergrößern. Zum einen soll der Protest geographisch erweitert werden, er soll auch in kleineren Städten und Ortschaften außerhalb der Metropolregion Barcelona verankert werden. Zum anderen wird angestrebt, in die »Tiefe« zu wachsen, also eine erhöhte Aktivitätsdichte zu etablieren, so durch die ständige »Präsenz auf den Plätzen« (acampadabcn, 22.5.2011), »wöchentliche Aktivitäten auf den Straßen« (ebd., 23.5.2011) oder »kreative Aktionen« wie der Aufführung von Theaterstücken in der Innenstadt (ebd., 24.5.2011).

Der Appell nach Wachstum wird zudem gesellschaftlich entfaltet. Mal werden verschiedene Gruppen dazu aufgefordert, sich den Protesten anzuschließen, etwa Richterinnen (vgl. ebd., 22.5.2011), Journalistinnen (vgl. ebd., 21.5.2011), Studierende (vgl. ebd., 23.5.2011) oder sogar die für Barcelona typischen pakistanischen Straßenhändler, die auf dem Platz Bier verkaufen (vgl. ebd., 24.5.2011). Welcher Zweck aber das Wachstum der Empörtenproteste haben soll, das bleibt meist ausgeblendet. Wo die Fragen thematisiert wird, *warum*, *wie* und *wohin* die Bewegung wachsen müsse, bleibt die Versammlung uneins. Für die einen ist zentral, das Wachstum der Bewegung auf die Plaça Catalunya zu zentrieren: »Wir müssen jeden Tag hier sein. Wir müssen alle unsere Bekannten herbringen.« (Ebd., 22.5.2011) Für die anderen gilt, dass sich die Bewegung von der räumlichen Bindung an die Plaça Catalunya lösen müsse: »Hier zu bleiben, ist ein Traum. Aber es kann auch zur Endogamie werden. Wir müssen raus. Die Versammlungen sind schön und gut, jetzt aber gilt es, zu handeln. Kleine und große Aktionen sind wichtig: Man muss in die Viertel und Straßen gehen.« (Ebd.) Die dezentralisierte Präsenz der Empörtenversammlungen in den Stadtquartieren (dazu Kap. IV), sie kündigt sich bereits in der ersten Woche der Proteste im Mai 2011 an.

Organisation Die Debatte darüber, wie das Wachstum der Indignados zu gestalten sei, leitet über zur Frage der Organisation des Protestcamps. In der Zündphase der Empörtenproteste (16. bis 19. Mai 2011) drehte sich die Debatte auf dem Platz schwerpunktmä-

35 Bei geographischer Nähe unterstützt das Barcelona-Camp diese Proteste auch tatkräftig.

ßig um das, was als *Aktivierung des Passagenpunktes* definiert wurde, also die schrittweise Etablierung einer Infrastruktur und einer verstetigten Praxis, um das Zeltlager der Plaça Catalunya auf Dauer zu stellen. Diese Aktivierung hat kaum einige Tage später Resultate gezeigt. Das Empörtencamp stabilisiert sich als Teil eines spanienweiten Diskursgefüges. Die jeweiligen Kommissionen stellen routiniert ihre Aktivitäten und Forderungen vor, die Abläufe in dem Zeltlager sind eingespielt, die funktionale Differenzierung durch Arbeitsgruppen und Kommissionen etabliert, fast schon ans Limit getrieben. Auf der einen Seite treten unterschiedlichste thematische Aufgabenfelder zutage, etwa um ein feministisches Positionspapier auszuarbeiten (acampadabcn, 21.5.2011), das Recht auf Wohnen mit konkreten Maßnahmen zu verwirklichen (ebd., 23.5.2011) oder die Tierrechte zu verteidigen (ebd., 25.5.2011). Auf der anderen Seite scheinen gewisse Kollektive ganz besonders darauf bedacht zu sein, die Plaça Catalunya in einen sozialen Raum zu verwandeln. Exemplarisch äußert sich dies darin, dass am 22. Mai 2011 ein ökologisches Gemüse- und Kräuterbeet auf einer der Parkareale des Platzes angelegt wird.

Das »ökologische, lokale und selbstverwaltete Beet«, wie es in den Protokollen bezeichnet wird, könnte eine kleine Anekdote scheinen. In der Tat spielt es in den Versammlungsdebatten eine eher untergeordnete Rolle. Dennoch fließen in die Anlegung des Beetes beträchtliche Energien. Der Ankündigungstext zum Anlegen des Beetes erfolgt am 22. Mai 2011. Er fällt zwar recht kryptisch aus, gibt aber gleichwohl – oder gerade deshalb – einen Eindruck davon, wie sich rund um das scheinbar harmlose Pflanzenbeet eine brisante Debatte entfaltet:

Bei der Aktionskommission wurde vorgeschlagen, ein Beet zu schaffen, ihre Versammlung hat es dann gutgeheißen. Die Kommunikationskommission hat dafür geworben. Da die Blumen abgestorben waren, wurde entschieden, sie erneut zu pflanzen. Gemeinschaftsgärten haben uns Pflanzen und Werkzeug angeboten. Durch das Beet begann ein kollektiver Prozess. Das wurde nicht in der Versammlung abgestimmt und wird als Quelle für Konflikte gedeutet. Die juristische Kommission sagt, dass das Beet keine Räumung verursachen kann und, da wir uns ihm alle widmen, niemand individuell dafür haftbar gemacht werden kann. Die Versammlung nimmt das Beet als ihr eigenes auf. Das Beet ist von allen, nicht nur von der Umweltkommission. (Ebd., 22.5.2011)

Aus der zitierten Passage geht zunächst hervor, dass bis zu vier Kommissionen (Aktion, Kommunikation, Recht und Umwelt) sowie externe, nicht zu den Indignados gehörende Gemeinschaftsgärten an der Entstehung des Beets mitwirken. Dennoch ist dies nicht ein Projekt, das einstimmig Konsens mobilisieren würde. Das Beet wird als »Quelle für Konflikte« gedeutet, mutmaßlich deshalb, weil es als Veränderung der öffentlichen Grünanlage der Plaça Catalunya eine Straftat darstellt, welche die Polizei dazu veranlassen könnte, den Platz zu räumen und Einzelpersonen für den Eingriff haftbar zu machen.³⁶ Doch im Abwägen von pro und contra überwiegt schließlich die Entscheidung für das Beet. Die Positionierung der juristischen Kommission dient in letzter Instanz als

36 Die Debatten, Praktiken und Ereignisse rund um das Gemüsebeet, vor allem mit Blick auf den einige Tage später tatsächlich eingetretenen polizeilichen Räumungsversuch der Plaça Catalunya, könnte eine mikrologische Analyse der verschiedenen menschlichen und nichtmenschlichen Ak-

Autoritätsargument dafür, das Beet einzurichten. Dem folgt denn auch die Hauptversammlung des Zeltlagers: Sie akzeptiert das Beet nicht nur, sondern nimmt es als »ihr eigenes« an, sie eignet sich im Namen aller den physischen Raum an.

Ob nun das Beet, der gesamte Aufbau eines großflächigen Zeltlagers, die physische Aufteilung des Platzes in drei Diskussionsräume (Tahrir, Palästina, Island) oder die regelmäßigen Essensausgaben – all diese Phänomene zeigen, dass die politische Artikulationspraxis auf dem Platz als *räumliche Einschreibung* geschieht. Ohne Beete, Zeltlager, Essensausgaben und den Ausbau sowie die Instandhaltung der Infrastruktur würde das Dislokationspotential der Empörtenproteste genauso unverstanden bleiben, wie wenn die Zeichen ausgespart blieben, die in den Protesten artikuliert werden. Beides, Raum und Artikulationspraxis, ist verschachtelt. Jede Praxis verräumlicht, jede Kollektivität schafft sich ihre Räume (Kap. VI.3).

Das Beet-Beispiel zeigt, dass diese Verräumlichtung meist nicht konfliktfrei verläuft. Beim neuen Beet schwingt die Befürchtung mit, sein Anlegen könne den Konflikt mit der Staatsgewalt hervorrufen. Tatsächlich ist die Debatte über das Öko-Beet eine der wenigen Momente in der »Hochphase« der Platzbesetzung, an denen die herrschenden Verhältnisse *konkret* thematisiert werden – und ihre gewalttätige Reaktion befürchtet wird. Dass diese Reaktion nicht bagatellisiert, sondern mit kaum verhüllter Sorge bedacht wird, legt offen: Die Infragestellung des Ist-Zustandes seitens der Indignados fällt zwar auf einer eng diskursiven Ebene sehr deutlich aus. Wenn aber eine unmittelbare Konfliktsituation möglich wird, dann wird die geltende Ordnung deutlich vorsichtiger, fast schon ehrfürchtig thematisiert. Die asymmetrischen Kräfteverhältnisse zwischen alter Hegemonie und neuer Gegenhegemonie treten hier zutage. Die Indignados wissen, dass sie einen starken Staatsapparat konfrontieren, den sie nicht ohne weiteres in Frage stellen können, wenn sie nicht »ihren« neuen Raum, die Plaça Catalunya, verlieren wollen. Dass die Versammlung trotzdem das Beet bewilligt und sich hiermit auf die physische, potentiell gewaltsame Auseinandersetzung mit der Ordnung einlässt, zeigt gleichwohl, dass das Protestcamp in seiner räumlichen Aneignungspraxis des Platzes sehr weit geht. Die Empörten reklamieren den Platz in einem umfassenden Sinn für sich. Damit nehmen sie explizit in Kauf, dass es zum Kampf um den Raum und im Raum kommt.

Die Plaça Catalunya ist für das Barcelona-Camp deshalb so wichtig, weil er ihm, um Hakim Bey (1985) zu paraphrasieren, als eine »Temporäre Autonome Zone« gilt. In ihr kann sich eine neue Kollektivität relativ abgeschirmt konstituieren. Die im Entstehen begriffene Gegenhegemonie der Empörung, schreibt sich im zeitlich ausgedehnten Prozess ihrer Artikulation auch räumlich ein: an der Plaça Catalunya genauso wie an der Puerta del Sol in Madrid und vielen anderen Plätzen. In der »Zündphase« des Barcelona-Camps stand die Schaffung dieser »autonomen Zone« vor Ort im Zentrum, die Protestpraxis drehte sich noch darum, sich vor Ort als ein symbolisch wie materiell stabilisierter Diskurs zu instituierten. Diese *Selbstkonstitution* einer neuen Kollektivität geht einige Tage später in eine zweite, reifere Phase. Selbstbewusst wird nun mit der Tatsache umgegangen, dass sich der Platz als bereits angeeigneter, quasi befreiter Raum erweist. In

teure und ihrer komplexen Wechselbeziehungen im Geiste der Akteur-Netzwerk-Theorie (wie bei Callon) noch präziser ausarbeiten.

diesem Raum und von ihm ausgehend können sich von nun an Artikulationen verdichten und ausbreiten, die den Empörungsausbruch zu einem längerfristigen, potentiell gesellschaftsverändernden Protest machen könnten.

Dass dies gelingt, dass sich sogar verschiedene (reformistische, direktdemokratische und aktionistische) Diskursstränge herausbilden, zeugt davon, dass die Verwandlung der Plaça Catalunya in den verdichtenden Passagenpunkt eines neuen Diskursgefüges erfolgreich verläuft. Die Artikulationspraktiken drehen sich nicht mehr (nur) um die Hervorbringung ihrer ermöglichenden Infrastruktur, sie zielen zudem auf öffentliche Wirksamkeit. Die Aneignung eines konkreten Ortes und die Herausbildung einer Infrastruktur ist die materialisierte Seite der Empörung, die Herausbildung deutlicher Diskursstränge, die den Protest strukturieren, ihre diskursivierte. Beide Seiten, die materielle und die symbolische, lassen sich deshalb differenzieren, weil sie schwerpunktmäßig leicht zeitversetzt geschehen. Zuerst (»Bruchphase«) ist der Diskurs in den Protokollen vornehmlich auf seine materielle Selbstkonstitution zentriert, später (»Hochphase«) stabilisiert sich der Empörungsdiskurs, fächert sich auf und strebt nach Außenwirkung. Die junge Gegenhegemonie entsteht auf den Plätzen, bleibt aber dort nicht stehen.

3.3 Die Gewalt erdet die Empörung (27. Mai bis 3. Juni 2011)

Der Nimbus des zornigen Aufruhrs, der dem Begriff der *Indignación* (Empörung) inneohnt, manifestierte sich bislang vor allem auf symbolischer Ebene. Zwar zeugt die bisherige Analyse von einer hochpolitisierten Artikulationspraxis. Die populistisch gefärbte Elitenkritik, die (partielle oder absolute) Kritik der repräsentativen Demokratie, ja die gesamthafte Infragestellung der tradierten Ordnung erweisen sich als starke antagonistische Grenzziehungen. Allerdings trat in der Diskursanalyse von unten, die an die Praktiken heranführt, gegenüber dem Antagonismus ein anderes Moment in den Vordergrund: die *Selbstkonstitution der Kollektivität*. Wichtig war bisher vor allem, wie sich die Plaça Catalunya in einen verdichtenden Passagenpunkt verwandelt, der Artikulationspraktiken räumlich wie symbolisch stabilisiert und dann als Ausgangspunkt für neue, ausdifferenzierte Artikulationen fungiert. Auf dem Platz ermächtigen sich die Indignados kollektiv zu einem politischen Akteur. Auf diese Weise wird das theoretische Axiom stichhaltig, dass sich Kollektivitäten nicht nur durch konflikthafte Grenzziehungen, sondern desgleichen durch solidarisch geprägte Innenräume konstituieren (Kap. VI.3).

Die Empörung als ein kollektives Erwachen, das zwar Wut enthält, vor allem aber die Ambition nach der gemeinsamen Errichtung einer neuen Gemeinschaft – dieser Impetus bestimmt die ersten zehn Tage des Barcelona-Camps. Bis zum 27. Mai 2011. An dem Tag verändert sich die Dynamik des Zeltlagers grundsätzlich. Hundertschaften der Polizei treten in den frühen Morgenstunden in Aktion, um den Platz zeitweilig zu räumen und für Putzkolonnen Platz zu machen. Angeblich, so Kataloniens damaliger Innenminister Felip Puig, um sowohl die »öffentliche Gesundheit« zu wahren als auch »Gegenstände zu entfernen«, die bei der Feier der Fußballfans nach dem möglichen Triumph des FC. Barcelona in der Champions League am 28. Mai in der Innenstadt gefährlich werden könnten. Der Polizeieinsatz gerät außer Kontrolle. Im Laufe des Vormittages strömen tausende Menschen auf den Platz, um gegen den Räumungsversuch friedlich Widerstand zu leisten. Die überforderte Polizei reagiert mit einer allgemein als überzo-